

Internationaler Zivildienst e. V.

2 Hamburg - 1
Beim Strohhhaus 14

J A H R E S B E R I C H T
DES VORSTANDES ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 1963

ZUR EINLEITUNG :

Der Vorstand hat auf seiner ersten Sitzung am 17. März 1963 in Frankfurt am Main beschlossen, die Arbeit in einzelne Referate aufzuteilen, für welche jeweils ein Vorstandsmitglied verantwortlich ist. In dem folgenden Jahresbericht werden daher die einzelnen Vorstandsmitglieder jeweils über ihr Arbeitsgebiet berichten. Hans-Ulrich Smolczyk hatte, ohne Vorstandsmitglied zu sein, das Referat 'Weltfriedensdienst' übernommen.

Es werden die folgenden Sachgebiete behandelt :

- 1) Ziviler Ersatzdienst
- 2) Dienste in Deutschland.
- 3) Langzeitdienste (Weltfriedensdienst).
- 4) Naher Osten.
- 5) Nordafrika.
- 6) Ost-West.
- 7) Internationales.
- 8) Finanzen.
- 9) Werbung.

Den Abschluß bildet eine kurze Stellungnahme zur Arbeit des Vorstandes im Jahre 1963.

Bertram Schröter

.....
.....
.....

6) O S T - W E S T

Seit der letzten Mitgliederversammlung ist die Frage von Diensten in der DDR Gegenstand vieler Erörterungen gewesen. Im Mitteilungsblatt Nr. 22 vom Juli 1963 wurde bereits einiges darüber berichtet. Hier soll in der möglichen Kürze an den Ereignissen des ablaufenden Geschäftsjahres dargestellt werden, wie sich die kommende Arbeit entwickeln kann.

Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16. / 17. 3. 1963 schreibt über die 'Arbeit in sozialistischen Ländern' :

"Roger Briottet berichtet über die im Auftrag des Internationalen Komitees angestellten Bemühungen um die Durchführung eines SCI-Dienstes im Bereich der DDR. Er legt eingehend die Beweggründe für die Initiative des IC dar. Auf übereinstimmenden Antrag von Heinz-Gerhard Oelmann und Horst Panchyrc beschließt die Mitgliederversammlung mit der Mehrheit von 23 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen :

Die weitere Entwicklung des vom IC angebahnten Projektes (Durchführung eines Sommerdienstes nahe Potsdam) soll abgewartet werden."

Da nach der Satzung (Abschnitt VI 1a) "der Vorstand . . . die Arbeit des IZD nach den Bestimmungen der Satzung und den von der Mitgliederversammlung festgelegten Richtlinien" leitet, konnte dieser Beschluß für das Jahr 1963 nur eine gewisse Zurückhaltung des deutschen Zweiges bedeuten. Der Vorstand hielt es daher für erforderlich, einerseits alle Handlungen zu unterlassen, die Rückwirkungen auf die Arbeit des Zivildienstes haben könnten, andererseits durch Gespräche und Verhandlungen zu klären, welche Möglichkeiten zukünftig für den deutschen Zweig bestehen.

Auf der Herbsttagung am 5. / 6. 10. 1963 in Offenbach wurde lange und ausführlich über unsere Beteiligung an Diensten in der DDR diskutiert. Dabei herrschte in einem wesentlichen Punkt Einigkeit unter den anwesenden Mitgliedern : daß es nämlich zu den grundsätzlichen Zielen des SCI und damit auch des deutschen Zweiges gehört, in Spannungsgebieten wie der DDR zu arbeiten. Diese Stellungnahme wurde vom Internationalen Komitee mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, da in der Vergangenheit Zweifel an der Haltung des deutschen Zweiges bestanden haben. Wird diese Stellungnahme durch einen Beschluß der kommenden Mitgliederversammlung bestätigt – was ich für sicher halte – so kann die noch zu führende Diskussion nur um die Form und die Zweckmäßigkeit unserer Beteiligung an Diensten in der DDR gehen.

Auch hierüber wurde bereits verhandelt. Der Vorstand versuchte dem Internationalen Komitee zu erklären, daß Dienste in der DDR grundsätzlich unter den gleichen Bedingungen durchgeführt werden sollten, wie allgemein jeder SCI-Dienst. So darf nach unseren Vorstellungen der Kreis der Teilnehmer an einem Dienst nicht eingeschränkt werden, da unsere Satzung ausdrücklich eine Berücksichtigung von Nationalität, Rasse, Religion, politischer Anschauung oder sozialer Stellung bei der Auswahl der Freiwilligen ausschließt. Damit erübrigt sich die Diskussion um die Teilnahme Westberliner Freiwilliger an Diensten in der DDR, sie ist zwangsläufig eine Voraussetzung zu solchen Diensten !

Weiterhin wurden dem Internationalen Komitee die Vorstellungen des Vorstandes über die Wahl eines Dienstprojektes erläutert. Der Vorstand bezog sich dabei vor allem auf den Beschluß der Mitgliederversammlung am 3. / 4. 3. 1962 in Bochum, der sagt : "Die Jahresversammlung beschließt die Weiterführung des Gespräches auf internationaler Ebene im Hinblick auf die Möglichkeit eines SCI-Dienstes in der DDR, vorausgesetzt, daß ein solcher mit und für die Bevölkerung stattfindet. (27 Ja)" Der Vorstand interpretierte diesen von Ralph Hegnauer formulierten Beschluß dahingehend, daß alle Projekte unsere Zustimmung finden, welche nicht nur im Interesse der Bevölkerung der DDR liegen, sondern von dieser auch als solche erkannt werden. Das Internationale Komitee zeigte volles Verständnis für diese unsere Wünsche und verhandelt hierüber zur Zeit in Ostberlin.

Schwieriger zu beantworten ist die Frage nach dem richtigen Weg zu einer Beteiligung an Diensten in der DDR. Derzeit scheint es zwei Möglichkeiten für den deutschen Zweig zu geben : entweder wir treten unzweideutig für solche Dienste ein und scheuen nicht das Risiko von Schwierigkeiten innerhalb der Bundesrepublik, oder wir versuchen solche Schwierigkeiten zu umgehen, auch wenn dies zu einer Verzögerung und nur zu schrittweisen Erfolgen führt. Der deutsche Vorstand hielt die zweite Möglichkeit für die zweckmäßigere. Denn ein SCI-Dienst in der DDR hängt nicht von der Teilnahme deutscher Freiwilliger ab. Er wird stattfinden, auch wenn wir – wie im vergangenen Jahr – keine Teilnehmer schicken. Für uns gilt es daher zu prüfen, ob der Gewinn durch eine Teilnahme mögliche Verluste auf anderen Gebieten aufwiegt. Der Vorstand denkt dabei vor allem an unsere Zusammenarbeit mit Regierungsprogrammen, wie den Bundesjugendplan, den Deutschen Entwicklungsdienst und den zivilen Ersatzdienst.

Wir haben daher im vergangenen Jahr Kontakte mit Bonner Stellen aufgenommen und versucht, deren Meinung zu einer Tätigkeit des SCI in der DDR zu erforschen. Verständlicherweise ist keine klare Stellungnahme aus Bonn zu erhalten, wir glauben jedoch aus den Gesprächen herausgehört zu haben, daß die Teilnahme einzelner qualifizierter Freiwilliger aus der Bundesrepublik und aus Westberlin an Diensten in der DDR nicht zu Schwierigkeiten zu führen braucht, wenn der Zivildienst sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt.

Die Mitgliederversammlung muß nun "die allgemeinen Richtlinien für die kommende Arbeit . . . bestimmen". Die notwendigen Entscheidungen sollten wir jedoch mit einem klaren Kopf und ohne persönliche Emotionen treffen, da sie von großer Bedeutung für die weitere Arbeit des Zivildienstes sein können. Die folgenden Anträge mögen bereits ein Bild von den zu treffenden Entscheidungen geben :

(64 03 02 - 2 03)

ANTRAG :

Die Mitgliederversammlung des deutschen Zweiges ist der Meinung, daß

- a) es zu den Zielen des SCI gehört, in Spannungsgebieten wie der DDR zu arbeiten;
- b) Dienste in der DDR unter den gleichen Bedingungen durchgeführt werden sollen, wie alle anderen SCI-Dienste auch;
- c) insbesondere der Kreis der Teilnehmer an Diensten in der DDR von keiner Seite aus Gründen der Nationalität, Rasse, Religion, politischen Anschauung oder der sozialen Stellung eingeschränkt werden darf;
- d) Projekte in der DDR nur durchgeführt werden sollen, wenn sie nicht nur im Interesse der Bevölkerung der DDR liegen, sondern auch von dieser als solche erkannt werden.

ANTRAG :

Die Mitgliederversammlung des deutschen Zweiges beauftragt den Vorstand

- a) Kontakte zu anderen Arbeitslagerorganisationen aufzunehmen, um deren Haltung gegenüber Diensten in der DDR zu erfahren und gegebenenfalls gemeinsame Schritte zu ermöglichen;
- b) die Kontakte mit Regierungsstellen in Bonn fortzusetzen;
- c) zu versuchen, einigen geeigneten Freiwilligen die Teilnahme an Diensten in der DDR zu ermöglichen.

Bertram Schröter

.....
.....
.....